

Allgemeiner Antrag

Antragsteller: KV Bitburg-Prüm

Der Deutschlandtag möge beschließen:

Der Bundesvorstand der Jungen Union Deutschland wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass Anglizismen in Papieren der Jungen Union Deutschland weitestgehend vermieden werden.

Begründung: Auch wenn Mark Twain der deutschen Sprache vorwarf unpräzise zu sein wird die Qualität von Papieren der Jungen Union durch bloßes Verwenden englischer Wörter nicht besser. Im Gegenteil ist es häufig so, dass die Texte dadurch unverständlich ja zum Teil sogar lächerlich bis absurd wirken. So wird eine staatlich-private Zusammenarbeit weder moderner noch effizienter, wenn man diese als „Public -Private Partnership“ deklariert. Eine deutsche Jugendorganisation sollte nicht dem vermeidlichen Zeitgeist der Anglizismen hinterherlaufen um möglichst „hip and trendy“ oder „up-to-date“ zu sein. Von der jungen Generation geht eine Vorreiterrolle aus dem Stilblüten- und Anglizismenwahn zu begegnen und sich auf möglichst klare einfache deutsche Wortwahl zu beschränken.

Es geht hier selbstverständlich nicht darum, aus dem „Computer“ eine „Rechenmaschine“ oder aus der eMail eine „elektronische Post“ zu machen, sondern auf unnötige „Entleihungen“ aus der englischen Sprach zu verzichten.

Im übrigen hat der letzte Landestag der Jungen Union Rheinland-Pfalz sich darauf geeinigt Anglizismen zu vermeiden.

Antragsteller: Junge Union Bitburg-Prüm

Der Deutschlandtag möge beschließen:

Der Deutschlandtag der Jungen Union beauftragt den JU - Bundesvorstand, als Ersatz für die Kampagne für eine bundesweite Schmalband-flatrate eine Kampagne für bundesweiten DSL – Zugang zu starten.

Begründung:

Bereits auf dem letzten JU-Deutschlandtag in Cottbus wurde ein Antrag beschlossen, der die CDU/CSU Bundestagsfraktion aufforderte, „sich auf allen Ebenen für einen zügigen Ausbau von festnetzgebundenen Breitbandinternetzugängen insbesondere in ländlichen Gebieten einzusetzen.“ Ziel müsse es sein, „dass die festnetzgebundene Breitbandinternetversorgung für jeden Haushalt, auch als Flatrate, sichergestellt ist.“

Die neuen Medien sind gerade durch ihre Unabhängigkeit von der Verkehrsinfrastruktur eine große wirtschaftliche Chance für die ländlichen Regionen.

Durch den schleppenden Ausbau der DSL-Technik in ländlichen Gebieten wird ganzen Regionen die Entwicklungsmöglichkeit im Bereich der neuen Medien und der Informationstechnologie genommen.

Zum einen gibt es nach derzeitiger Tarifregelung nur mit DSL die Möglichkeit einer Flatrate – also eines pauschal und nicht zeitgebunden abgerechneten Zugangs; des Weiteren bietet DSL enorme Geschwindigkeitsvorteile gegenüber ISDN/Modem.

Satellitengestütztes DSL stellt dabei keine Alternative dar, weil diese Technik in der Hardwareanschaffung um ein vielfaches teurer ist und der Upload über die minutenberechnete Telefonleitung läuft, somit also der Kostenvorteil von DSL wegfällt. Ein Flatrate ist seitens der Telekom nicht geplant.

Die weltweite Tendenz zeigt, dass die Internetzugänge immer schneller und die Inhalte immer aufwändiger werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass vor allem die betroffenen ländlichen Regionen von dieser Entwicklung abgekoppelt werden und dadurch der Standortnachteil noch größer wird.

Gerade auch für die Jugend ist es wichtig, dass sie auf dem Gebiet der Neuen Medien gegenüber ihren Gleichaltrigen in den Ballungsgebieten nicht benachteiligt sind, gerade wo dieser Bereich zunehmend, auch für die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, an Bedeutung gewinnt.

Änderungsanträge zum Leitantrag

Antragsteller: Gemeinsamer Antrag der Kreisverbände Daun und Bitburg-Prüm

Satz Zeile 266 ff:

Füge ein „Das Privatisierungspotenzial der noch vorhandenen Gemeinde- und Stadtwerke sollte vordringlich in Bereichen wie dem ÖPNV, Strom und Gas geprüft werden. Eine Privatisierung darf nur erfolgen, wenn keine signifikanten Nachteile, z.B. in Form eines drastischen Abbaus des ÖPNV in strukturschwachen Regionen, für die Bürger und Verbraucher zu erwarten sind.“

Begründung:

Gerade ländliche und strukturschwache Regionen, wie man sie außerhalb der Ballungsgebiete findet, dürften durch das Privatisieren als unökonomische Gebiete auf der Strecke bleiben und von der Infrastruktur abgeschnitten werden, was nachteilige, und im Endeffekt volkswirtschaftlich teure, Auswirkungen auf ihr Entwicklung hätte.

Antragsteller: Kreisverband Bitburg-Prüm

Zeile 168:

Streiche: „im Rahmen von E-Government“

Begründung: überflüssig

Zeile 218

Streiche: „Public Private Partnership-Medellen“

Setze: „Modellen der Staatlich-privaten Zusammenarbeit“

Begründung: unnötiger, verständniserschwerender Anglizismus

Zeile 270:

Streiche: „Public Private Partnerships“

Setze: „staatlich-privater Zusammenarbeit“